

TSCHECHISCHE REPUBLIK: PRÄSIDENT KLAUS STREITET KLIMAWANDEL AB

Dr. Stefan Gehrold | Anne Klemm

Der öffentliche Diskurs um den Klimawandel kommt in Tschechien nur langsam ins Rollen. Zwar kommt das Thema nicht erst jetzt auf die Tagesordnung, die Öffentlichkeit hat sich mit der Klimadebatte bisher eher nur am Rande beschäftigt. Laut Eurobarometer sind Umweltthemen für 85 Prozent der EU-Bürger genauso wichtig wie ökonomische oder soziale Themen. Anders die Gewichtung in Tschechien: Eine aktuelle Umfrage der Tschechischen Akademie der Wissenschaften zum Thema kam zu folgenden Ergebnissen: Auf die Frage „Wovor haben Sie Angst?“ führten 27 Prozent der Befragten Arbeitslosigkeit und Krankheit auf. Vor einer Verschlechterung der Umweltbedingungen fürchten sich hingegen nur zwei Prozent. Die gute wirtschaftliche Entwicklung und die Modernisierung sind die vorherrschenden Themen.

ZUM INNERTSCHECHISCHEN DISKURS: KLAUS GEGEN BURSİK

Den bisher am meisten beachteten Beitrag zur Klimadebatte lieferte niemand anders als Staatspräsident Vaclav Klaus. In seinem Buch „Der blaue und nicht der grüne Planet“ streitet der Präsident die fortschreitende Erderwärmung als Problem rundweg ab und bewirbt auf Großflächenplakaten die Publikation vielmehr mit der Frage: „Was ist bedroht? Unsere Freiheit oder die Umwelt?“. Dafür wird er von Umweltschützern und den tschechischen Grünen kritisiert. Laut Klaus missbrauchten Politiker und „Öko-Extremisten“ die Klimadebatte nur zur Eigenprofilierung. „Global Warming“ sei ein Mythos und ein ihn beunruhigendes „Modethema“, keinesfalls aber ein akutes Problem. Er beruft sich auf gegenteilige Darstellungen von Wissenschaftlern, die den Klimawandel abstreiten, etwa auf den Autor des Buches „The skeptical Environmentalist“, Björn Lloborg. Erderwärmung, so die gemeinsame These, gab es schon immer. Wenn sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts die Erde um 0,6 Grad erwärmt habe, dann sei das recht wenig. Und es sei längst nicht wissenschaftlich erwiesen, daß der Mensch daran schuld sei. Das Klima ändere sich immer. Es sei daher nicht sinnvoll, dagegen anzukämpfen und dafür Milliarden auszugeben.

Es ist nicht leicht zu beantworten, ob dies lediglich die Haltung politischer Einzelgänger ist oder ein geringes Umweltbewusstsein der Bevölkerung widerspiegelt. Auch zum bereits im Oktober 2006 veröffentlichten Stern-Bericht gab es kaum Reaktionen. Er wurde lediglich in diversen Zeitungsberichten erwähnt.

Die tschechischen Grünen äußerten sich als bisher einzige Regierungspartei konkret zum Thema. Der Parteivorsitzende der Grünen, Umweltminister Martin Bursik, vertritt dabei eine andere Meinung als Staatspräsident Klaus: Während dieser die IPCC-Bericht vom Februar und April 2007 für ungläubwürdig hält, sieht Bursik ihn als längst überfällige Bestätigung seines Kampfes gegen den Klimawandel. Er sieht darin auch die Chance für Tschechien, sich aktiver in der EU einzubringen und dort für gemeinsame ökologische Interessen einzustehen. In den letzten zwei Jahren steigt seiner Meinung nach auch in Tschechien wieder das Interesse an Umweltthemen. Das ist nicht unwichtig. Denn auch Bursik weiß: Zur Umsetzung seiner Politik benötigt er die Unterstützung der breiten Öffentlichkeit.

Welche Rahmenbedingungen bestimmen die tschechische Diskussion? Die Wirtschaftstransformation hält nach wie vor an. Daher ändert sich die Struktur der Energieversorgung fortwährend, die Laufzeit der Kraftwerke in Nordböhmen geht zu Ende, die Industrie wird modernisiert. Die Chance, im Zuge der Modernisierung gleichzeitig auch die Umweltbedingungen zu verbessern, muß nach Ansicht von Umweltminister Bursik jetzt ergriffen werden. Themen, die bisher stark vernachlässigt wurden – wie etwa erneuerbare Energiequellen oder alternative Treibstoffe – seien ernsthaft zu diskutieren. Bereiche, die nicht nur aus Sicht des Umweltschutzes wichtig sind, sondern auch Zukunftsmärkte für die Wirtschaft erschließen können, böten die Möglichkeit, Tschechien zunehmend von Energieimporten unabhängig machen.

Den wirklich großen Wurf wollen die Grünen aber im Bereich der Steuerpolitik erzielen. „Unser Flaggschiff ist und bleibt die ökologische Steuerreform. Wir wollen Mindeststeuersätze für die Verwertung fossiler Energieträger einführen“, so Bursik. Gleichzeitig soll eine neue CO₂-Steuer eingeführt werden. Tschechische Umweltschützer betrachten die grünen Pläne jedoch mit einer gehörigen Portion Skepsis. Die politischen Verhältnisse (nur zwei Stimmen Mehrheit für die Regierung im Parlament) würden die Umsetzung der Pläne zusätzlich erschweren.

UMWELTTHEMA BESTANDTEIL DER „SAMTENEN REVOLUTION“

Die Prager Sektion von Greenpeace ist ebenfalls der Meinung, dass im Land das Ökologiebewusstsein in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Allerdings rangierten 1989, als das kommunistische Regime

gestürzt wurde, Umweltthemen von der Wertigkeit her noch im Spitzenfeld, so Karel Dolejsi, Sprecher von Greenpeace Prag. Mehr noch: Der desolate Zustand ganzer Landstriche sei damals sogar eines der wichtigsten Argumente gegen die Politik der kommunistischen Machthaber gewesen.

Seither wendete sich Vieles zum Besseren. Augenfällig etwa die Situation in Nordböhmen, wo die Umwelt durch Braunkohlekraftwerke und die chemische Industrie viel stärker belastet war als heute. Die Schwefeldioxid-Emissionen von Kraftwerken sind weit geringer, aus den Fabriken gelangen erheblich weniger Chemikalien in die Umwelt als noch vor 1990. Dennoch zahlt die Umwelt nach wie vor den Preis des Fortschritts: Dass etwa die Landschaft durch den intensiven Ausbau von Autobahnen zerstört würde, gälte heute kaum mehr als Problem, so Dolejsi.

DENKWÜRDIGES BEIM ENERGIE- UND UMWELTFORUM DER ADENAUER-STIFTUNG

Die „Krusovicer Gespräche“, das Jahreswirtschaftsforum der KAS Prag, widmete sich im April 2007 der Energie- und Umweltproblematik. Die Diskussion verlief aus der Sicht eines externen Beobachters teilweise abstrus: Der Staatssekretär im Präsidialamt, Ladislav Jakl, bestritt in einem denkwürdigen Beitrag, dass die gesamte Terminologie (z. B. „alternative Energien“) sachgerecht wäre. Die irreführende Terminologie würde mit Absicht gewählt, um zu verschleiern, dass es beim Thema Klimaschutz in Wirklichkeit um reine Ideologie ging. Andere Beiträge, wie der des Energieexperten der Prager Wirtschaftsuniversität Zajicek, wiederholten gebetsmühlenartig, dass im Zentrum aller Überlegungen Wirtschaft-



In den mittel- und osteuropäischen Staaten hat der wirtschaftliche Aufholprozess Vorrang gegenüber Klima- und Umweltschutz.

lichkeit und – so wörtlich – das Geld stehen müssten. Einwürfe des Direktors der tschechischen Energieagentur Jan Bubenik, dass Umweltschutz durchaus auch wirtschaftlich sein könnte, riefen den Spott der Klimaschutzgegner hervor. Unverständlich angesichts dieser Kontroverse das Schweigen des früheren Umweltministers und derzeitigen Vorsitzenden des Umweltausschusses im tschechischen Parlament, Libor Ambrozek von den Christdemokraten (KDU-CSL). So war es bezeichnenderweise zum Schluss der Vertreter des deutschen Energieversorgers E.on, Magnus Brandau, der die Bedeutung des Themas Umweltschutz als Teil der Firmenstrategie unterstrich.

Der Umwelt- und Klimaschutz hat es schwer in Tschechien. Das Thema hat die Tschechen noch lange nicht erreicht, abgesehen von einer kleinen, städtischen Elite. Als Reaktion auf das Buch von Staatspräsident Klaus kündigte Greenpeace einen fiktiven Fortsetzungsband des präsidialen Werkes an: „Der flache, und nicht der runde Planet“, so der Titel.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA: KOMPLEXER STAATSAUFBAU ERSCHWERT KLIMASCHUTZ

Christina Catherine Krause | Alma Subasic

Auch wenn das Thema Klimawandel die breite Öffentlichkeit in Bosnien und Herzegowina noch nicht erreicht hat, haben Experten eine signifikante Veränderung des Wetters auch hier festgestellt. Weitgehend unbekannt für die Bevölkerung ist, dass sich die zuständigen Ministerien mit Aktionsplänen an Vorhaben für eine Stabilisierung des Klimas einsetzen. Doch aufgrund des komplexen Staatsaufbaus, der sich in zwei Entitäten, zehn Kantonen und einem Sonderdistrikt untergliedert,

wird auch die Klimapolitik des Landes durch unklare Zuständigkeiten erschwert. So wurde das Kyoto-Protokoll erst am 15. Mai 2007 unterzeichnet; die Ratifizierung durch das Parlament steht noch aus.

1. WIE VERLÄUFT DER DISKURS ZUM KLIMAWANDEL IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA?

Der Diskurs um den Klimawandel wird kaum in der breiten Öffentlichkeit geführt. Zwar wurde allgemein bemerkt, dass das letzte Jahr zu heiß war und zu we-